

Vorlage für die Sitzung des Senats am 24.04.2018

„Erklärung der Fischereigemeinden an die EU“

Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)

A. Problem

Die Fraktion der FDP hat folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit ist es korrekt, dass das Land Bremen bzw. die Stadt Bremerhaven nicht die Erklärung der Fischereigemeinden im Zusammenhang mit dem Brexit an die EU unterzeichnet haben?
2. Welche Gründe gibt es, dass das Land Bremen die Erklärung nicht unterzeichnet hat und inwieweit unterstützt der Senat die Erklärung inhaltlich?
3. Beabsichtigt der Senat die Unterzeichnung der Erklärung nachzuholen bzw. die Stadt Bremerhaven dazu bringen?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu den Fragen 1, 2 und 3:

Es ist richtig, dass sich am 23. Oktober 2017 Vertreter verschiedener europäischer Fischereigemeinden im spanischen Santiago de Compostela getroffen und eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet haben, in der sie die EU-Entscheidungsträger auffordern, die Interessen der europäischen Fischerei- und Küstengemeinden bei den Brexit Verhandlungen zu verteidigen. Die deutsche Seite wurde bei diesem Treffen von Herrn Dr. Ulrich Getsch, dem Bürgermeister der Stadt Cuxhaven, vertreten. Eine weitere Unterzeichnung der Erklärung durch die Freie Hansestadt Bremen oder der Stadt Bremerhaven ist nicht vorgesehen.

Grundsätzlich teilt der Senat die Inhalte der Erklärung und versucht über den Bundesrat, aber insbesondere auch über Bund-Länder-Arbeitsgruppen zum Brexit, Einfluss auf die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich hinsichtlich der Interessen der bremischen Fischerei und fischverarbeitenden Industrie zu nehmen.

C. Alternativen

Keine Alternative.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine personalwirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen zur Folge. Die Gender-Prüfung ergab keine genderspezifischen Auswirkungen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Eine Abstimmung mit dem Magistrat der Stadt Bremerhaven ist erfolgt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung über das elektronische Informationsregister geeignet.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2033/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.